

SPD-Pressedienst
24/24/24/24

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/46

9. März 1971

"Wir sichern die Zukunft Berlins"

Zu den Abgeordnetenhauswahlen am 14. März 1971

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und
Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin

Seite 1 und 2 / 91 Zeilen

Erfolg haben, wenn man will

Bundestags-Einzelhilfe für die Staatsbürger

Von Hugo Brandt SPD-MdB

Mitglied des Petitionsausschusses des
Bundestages

Seite 3 / 56 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und Ein-
gliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Hoeselallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telex: 886 846 885 547
08549 PFP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

"Wir sichern die Zukunft Berlins"

Die SPD zu den Abgeordnetenhauswahlen vom 14. März 1971

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und
Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin

Am 14. März wählen die Berliner. Es geht um die Sitze im Abgeordnetenhaus von Berlin und um die Sitze in den Bezirksverordnetenversammlungen der zwölf Bezirke, die in Westberlin liegen.

Die Wahlen in Berlin haben durch die besondere Situation der Stadt seit jeher besondere Aufmerksamkeit gefunden. Manche waren mit einschneidenden politischen Ereignissen verknüpft oder standen in deren Nähe; so die Wahl im Dezember 1958, also nur wenige Tage nach der Verkündung des Berlin-Ultimatums durch Chruschtschow, so die Wahl im März 1963, zwar einhalb Jahre nach dem Bau der Mauer, aber unter ihrem unverwunderten Eindruck. Und eine Wahl, die vom 20. Oktober 1946, hat im Bewußtsein der Berliner sogar Symbolcharakter gewonnen, weil es die einzige Wahl zwischen 1933 und der Gegenwart gewesen war, die sowohl nach demokratischen Regeln als auch in ganz Berlin, im ungeteilten Berlin, stattgefunden hatte.

Die Wahlen, vor denen wir jetzt stehen, haben derlei Besonderheiten oder gar dramatische Züge nicht aufzuweisen. Wir sagen: Gottseidank nicht, denn uns in Berlin liegt nichts daran, durch besondere Situationen besondere Aufmerksamkeit zu erhaschen. Wir gehen unserer Alltagsarbeit in der gleichen Weise und unter den gleichen Umständen nach wie die Menschen in den Großstädten und in den Ballungsgebieten des Bundesgebietes. Und wir leben so gut und so sicher wie jedermann im Westen: Es gibt keine Bedrohung, keine Krisen, nichts dergleichen.

Mehr noch: Zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte hat Berlin die Chance, daß die bestehenden Regelungen in und um Berlin, die allesamt End-, Resu- und Kompromisprodukte aus vorausgegangenen Konflikten sind, in bessere Regelungen übergeleitet werden. Zum erstenmal besteht die Chance für Berlin, in dieser Zeit relativer Ruhe, ohne Krise, ohne Bedrohung, ohne Druck, also aus einer "positiven" Atmosphäre heraus, die komplizierten und vielfach unterschiedlich ineinander verhakten Positionen aller an der Berlin-Frage Beteiligten so ins Verhältnis zu bringen, daß die Lage insgesamt zum Besseren, vielleicht gar zum Guten befördert wird. Auch wenn die Interessen einmal mehr, einmal weniger divergieren, so ist doch das Interesse am Abbau von Spannungen allgemein. Wir täuschen uns auch dabei keineswegs: Der Begriff "Entspannung" hat sicher nicht überall die gleiche Substanz, "Entspannung" ist nicht der Name für eine west-östliche Gottheit, auf die sich alle ohne weiteres verständigen könnten oder gar schon

verständigt hätten. Aber es besteht kein Zweifel, daß alle an der Berlin-Frage Beteiligten sich in der Richtung auf Entspannung und Berlin-Regelung bewegen.

Der Verständigungsprozeß darüber ist im Gange, die Botschafter der Vier Mächte, die für Berlin als Ganzes zuständig sind, führen seit langen Gespräcne und nennen sie nun offiziell Verhandlungen; die Bundesrepublik und die DDR stehen durch Staatssekretäre in fortwährendem Kontakt; der Vorsitzende des DDR-Ministerrates, Willi Stoph, hat dem Regierenden Bürgermeister einen in mehrfacher Hinsicht interessanten Brief geschrieben, in dessen Folge der Senat von Berlin und die Führung in Ostberlin Verbindungsmaßnahmen, um dann über Besuchsregelungen der Westberliner im anderen Teil der Stadt und in der Umgebung von Berlin zu verhandeln.

Berlin bewegt sich also insgesamt auf Verbesserungen hin, deren einfacher Sinn und Zweck ist, den Menschen in Berlin das Leben zu erleichtern und ihnen in dieser und jener Hinsicht ein wenig zu helfen.

Die Berliner bejahen die Politik der Bundesregierung nach Osten hin ganz überwiegend. Sie wissen, daß die hohlen Phrasen und die vergangenheitsbezogenen Beschwörungen einer Partei, die in Berlin wie in Bonn in der Opposition ist, ihnen nicht nützen. Sie wissen, daß es den drei Schutzmächten in Westberlin ebenso wie dem Senat von Berlin um unmittelbare, um greifbare, um praktische Verbesserungen geht, die jedem einzelnen Berliner und Berlin als Stadt Vorteile bringen.

Auch diese Wahl hat also ihre Einfärbung durch die Situation Berlins und die Politik, die eben diese Situation unserer Stadt zum Gegenstand hat. Daß es diesmal unter positiver und bejahenswerten Umständen und Bedingungen um diese Stadt geht, das ist das Neue bei dieser Wahl, sozusagen ihr Spezifikum. Man weiß auch, daß dies das Ergebnis sozialdemokratischer Politik ist.

Gleichwohl ist nicht zu verkennen, daß es schwierig, jedenfalls nicht einfach ist, manchen klar zu machen, daß so viel, so unendlich viel politische Bemühung nötig ist, um das so einfache Ziel zu erreichen, nämlich ein paar Erleichterungen und ein paar Verbesserungen für die Berliner herauszuholen.

Was Westberlin im Inneren betrifft: Die Berliner wissen, daß unter der fast ausschließlichen Verantwortung der Sozialdemokraten aus dem Trümmerhaufen Berlin wieder die lebendige Millionenstadt Berlin geworden ist. Und das Programm, das die Berliner Sozialdemokraten für die kommenden Jahre vorgelegt haben, zeichnet sich durch Nüchternheit aus. Es ist genau durchgerechnet und finanziell gesichert. Jedes hier weiß, daß Berlin damit ein wesentliches Stück vorankommt auf dem Weg, der zu dem Berlin führt, das in möglichst vielen Bereichen das Modell einer modernen Großstadt ist.

"Wir sichern die Zukunft Berlins": Dies ist das Wort der Sozialdemokraten in Berlin zur Wahl. Es meint die Sicherung der Zukunft Berlins nach außen und nach innen. Der 14. März wird zeigen, daß die Berliner dies bejahen. (-/ex/9.3.1971. bgy)

Erfolg haben, wenn man will

Bundestags-Einzelhilfe für die Staatsbürger

Von Hugo Brandt SPD-MdB

Mitglied des Petitionsausschusses des Bundestages

Oft ist das Argument zu hören, daß die Arbeit im Petitionsausschuß deshalb unbefriedigend sei, weil trotz guten Willens nicht geholfen werden könne. Sicherlich wird der Ausschuß nicht immer, noch nicht einmal in der Mehrzahl der Fälle, erreichen können, was der Bittsteller will; denn es gibt nicht wenige Ersuchen oder Beschwerden, die unerfüllbar oder gar unsinnig sind. Aber es gibt auch "Erfolgserlebnisse". Zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit.

Ein Mann ist nach fast 50-jährigen Dienst bei der Bahn pensioniert worden. Er hat sich den Ruhestand wohlverdient, aber der Beginn mit erheblichem Ärger; denn kaum war dieser Mann aus dem aktiven Dienst ausgeschieden, wurde seine Wohnungsmiete beträchtlich heraufgesetzt. Dafür, daß er jetzt weniger verdient, durfte er auch mehr zahlen. Denn er bewohnte eine Wohnung der Bundesbahn-Wohnungsgesellschaft, die diese Wohnungen für aktive Bedienstete haben wollte und sie offensichtlich nicht gern durch unproduktive Ruhestandsbeamte "blockiert" sah.

So ging's nicht, und der Petitionsausschuß beschloß, die Bundesregierung aufzufordern, hier Abhilfe zu schaffen. Und sie hat geholfen. Ab 1. Januar 1971 wird den Pensionären, Rentnern und deren Hinterbliebenen die Mietvergünstigung, die den im aktiven Dienst Stehenden gewährt wird, nicht mehr entzogen.

Das ist zweifellos ein Erfolg.

In einem anderen Fall ging es darum, der Mutter eines tödlich verunglückten Starfighter-Piloten zu der Entschädigung zu verhelfen, die ihr aus formellen Gründen verweigert worden war. Die Streitfrage war, ob der Verunglückte vorher den Unterhalt seiner Mutter ganz oder überwiegend bestritten hat. Der Petitionsausschuß fand diesen bürokratischen Streit allzu kleinkariert und empfahl der Bundesregierung, eventuelle Bedenken zurückzustellen. Das Ergebnis war, daß auch dieser Frau eine einmalige Unfallentschädigung in Höhe von 20.000,- DM gezahlt worden ist.

Auch hier konnte der Ausschuß durch seine Intervention etwas korrigieren, was der Korrektur bedürftig war.

Die hier geschilderten Fälle sind nicht die einzigen, die positiv abgeschlossen werden konnten. Was nur beweist, daß der Ausschuß Erfolg haben kann, wenn er Erfolg haben will.

(-/ee/9.3.1971 /ks)

+ + +